



Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen DI Elisabeth OLISCHAR und Mag. Manfred JURACZKA, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 29.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung)

betreffend Reform der Wiener Parkraumbewirtschaftung auf Basis eines Zonen-Modells

Das aktuelle Modell der Wiener Parkraumbewirtschaftung ist unübersichtlich, bürgerfern, äußerst bürokratisch und zu sehr auf den Fiskalaspekt anstatt auf den verkehrspolitischen Aspekt fokussiert. In Relation zum Aufwand, zu den Kosten für die Bürger und die Verwaltung hat die Wiener Parkraumbewirtschaftung einen viel zu geringen verkehrspolitischen Lenkungseffekt.

Die sukzessive Ausweitung der „Parkpickerl“-Zonen ohne substantielles Konzept hat bei der Bevölkerung aufgrund der fehlenden Nachvollziehbarkeit mehr Verärgerung und Unverständnis hinterlassen als es Nutzen gebracht hat, zumal auch bei den Kurzparkscheinen zuletzt deutliche Verteuerungen durchgesetzt wurden.

Es besteht daher dringend Bedarf für eine Reform der Wiener Parkraumbewirtschaftung auf Basis eines Zonen-Modells und gestaffelten Kurzparkzonentarifen, bei welchen der verkehrspolitische Lenkungseffekt und nicht der Abgabenaspekt deutlich im Vordergrund steht. Ziel muss es sein, den Wiener Gemeindebürgern und der Wiener Wirtschaft ausreichend Parkraum im öffentlichen Straßenraum zu gewähren und zugleich auch eine Überlastung desselben weitgehend zu vermeiden. Die Parkraumbewirtschaftung ist nicht isoliert zu sehen, denn es braucht eine allumfassende Gesamtlösung für den Verkehr in Wien, welche auch eine befriedigende Lösung für die Einpendler in die Stadt bietet.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine umfassende Reform der Wiener Parkraumbewirtschaftung und vollständige Gesamt-Verkehrslösungen für Wien aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 29.06.2020